

Für eine Demokratisierung der Agrar- und Ernährungspolitik

von Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf

Die BSE-Krise hat die Gesellschaft auf die Folgen ihres Handelns aufmerksam gemacht: Mit viel Geld wurde eine Landwirtschaft subventioniert und zugleich in einen Rationalisierungs- und Konzentrationsprozess gezwungen, der nur wenigen Landwirten ein Einkommen gibt und zugleich die Umwelt belastet und die Sicherheit der Lebensmittel nicht mehr garantiert. Eine qualitative Neuorientierung ist erforderlich, in deren Zentrum auch die längst fällige Übernahme an gesellschaftlicher Verantwortung steht und damit die Demokratisierung der Agrar- und Ernährungspolitik sowie des Wirtschaftsgeschehens. Zugleich drohen Bauern wie Verbrauchern die wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten zu entgleiten angesichts eines globalisierten Agrobusiness und der diesen Interessen angepassten Welthandelsordnung. Nachfolgender Beitrag zeigt die Notwendigkeit und Chancen einer Demokratisierung der Ernährungspolitik und skizziert erste politische Schritte zur Förderung einer echten Konsumenten- und Produzentensouveränität.

Die BSE-Krise und viele andere Lebensmittel-skandale haben die Gesellschaft aufgerüttelt und sie auf die widersprüchlichen Folgen ihres eigenen Handelns stoßen lassen: Mit hohem Mitteleinsatz wurde die Landwirtschaft in den vergangenen 40 Jahren in eine Intensivierung und Rationalisierung geführt. Als sich die Koppelprodukte von Kostensenkung und niedrigen Erzeugerpreisen in umweltbelastender Produktion und der Verdrängung bäuerlicher Betriebe durch tendenziell agrarindustrielle Produktion zeigten – da wünschte man sich weniger chemisch-intensive Wirtschaftsweisen, Biobetriebe und eine artgerechtere Tierhaltung. Dieser Widerspruch wurde zunächst kaum wahrgenommen. Wie konnte es eigentlich geschehen, dass im Vertrauen darauf, der Gesellschaft und den Landwirten Gutes zu tun, jahrzehntlang eine Agrarentwicklung gestützt und finanziert wurde, die weder für die Sicherheit der Lebensmittel noch für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der Umwelt tauglich ist und zugleich den wenigsten Landwirten ein ausreichendes Einkommen bietet? Hatten die Landwirtschaftsvertreter nicht stets versichert, dass die Gesellschaft ihr Geld gut angelegt habe zum Schutz „unserer bäuerlichen Landwirtschaft“? Nun zeigte es sich, dass es in

Wirklichkeit der Überwindung der bäuerlichen Landwirtschaft diene und das Ganze mit einer gezielten Begriffsverwirrung verschleiert worden ist.

Fakt ist: Agrarpolitik wurde zu lange nicht öffentlich diskutiert. Sonst hätte man ja fragen können: Wo ist der Nutzen? Solange aber nicht gefragt wurde, konnten die wenigen, die davon profitierten, ihren Nutzen davontragen, ohne es gesellschaftlich rechtfertigen zu müssen.

Demokratie hat man nicht, sie muss eingefordert werden

Was ist mit den Bauern, in deren vermeintlichem Interesse gehandelt wurde? Sie haben zwar gemurmelt und doch zugleich die Verantwortung für die Agrarpolitik nach oben delegiert und ihrem Verband vertraut, wenn dieser vom Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft sprach, während sich zeitgleich die Funktionäre in Aufsichtsräten und Lobbyrunden für eine durchrationalisierte und auf den Weltmärkten konkurrenzfähige Landwirtschaft – besser: Agrarindustrie – stark machten. Auf ihr Armenrecht sich berufend haben sie, mobilisiert durch den Verband, immer dann ihre Traktoren her-

vorgeholt, wenn es galt, sich für den Erhalt der Staatsunterstützung stark zu machen. Dass dabei ein Großteil des Geldes nicht auf den Höfen ankam, sondern in die Unterstützung der „Vermarktungspartner“ floss und dass auch nach der 92er-Reform weiterhin 80 Prozent der Gelder in nur 20 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe floss – davor haben die Bauern die Augen zugemacht. Sitzen wirklich alle in einem Boot?

Das gleiche gilt für die Mehrheit der Verbraucher. Nur kurzzeitig aufgeschreckt von den Skandalen haben es sich die meisten von ihnen bequem eingerichtet zwischen Landidylle-Werbung, Dumping-Preisen und dem guten Gefühl, der Staat würde schon für beides sorgen, für die Existenz der Bauern und die Sicherheit unserer Lebensmittel. Und außerdem: Agrarpolitik soll ja so kompliziert und undurchsichtig sein. Wer wagt es schon, da mitzumischen?

Das Arrangement hielt zu lange, jede Seite wähnte sich aufgehoben und die Interessensverbände sind ja kraft Gesetz in den demokratischen Willensbildungsprozess einbezogen. Die Krise zeigt anderes: Demokratie hat man nicht, sie muss abgefordert werden. Bauern und Bäuerinnen dürfen ihre Verantwortung nicht am Hofort und Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Verantwortung nicht an der Ladentheke abgeben!

Demokratische Mittelverteilung notwendiger denn je

Nun aber fordert die Gesellschaft eine Neuausrichtung der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft in Richtung Qualität und Sicherheit. Auch drängen politische Vernunftgründe auf eine solche Umgestaltung. Aber wie kann man einer europäisch immer noch bäuerlich ausgerichteten Landwirtschaft angesichts eines durch WTO-Verhandlungen und Osteuropaerweiterung schärfer werdenden globalen Wettbewerbs das Überleben sichern? Die Zwischenbewertung der Agenda 2000 durch EU-Kommissar Fischler wurde vor diesem Hintergrund formuliert. Darin wird deutlich, dass es nicht ausreicht, dass eine Gesellschaft ihre Erwartungen an die Landwirte formuliert. Sie muss zugleich sagen, was sie bereit ist für die Landwirtschaft zu tun, damit diese die Anforderungen auch erbringen kann. Da ist es falsch, den Agrarhaushalt linear zu kürzen, um zum Beispiel die Verteidigungsfähigkeit Europas zu verbessern, wie ein Vorschlag von Bundeskanzler Schröder lautete. Der Agrarhaushalt darf nicht als Steinbruch genutzt

werden für andere Maßnahmen. Angesichts der anstehenden Aufgaben ist „Weniger“ keinesfalls „Mehr“. Es gehen nicht zu viel Gelder in die Landwirtschaft und in den ländlichen Raum, auch angesichts der Anforderungen im Rahmen einer Erweiterung, sondern sie gehen immer noch in die falschen Kanäle.

Um so drängender wird daher die Frage: Wer bestimmt über die Art der Mittelvergabe? Welche Mitspracherechte hat hier eine Gesellschaft, die von ihren Landwirten eine nachhaltigere Produktion erwartet?

Die Europäische Union braucht mehr Demokratie

Von demokratischen Verhältnissen sind wir in Brüssel noch weit entfernt. Immer noch entscheidet der Ministerrat über die Vergabe der obligaten Agrarausgaben alleine, manchmal auch die Kommission. Das gewählte Europäische Parlament fordert bis heute vergeblich ein demokratisches Mitentscheidungsrecht. Solange das so ist, funktioniert das Spiel: die Agrarminister der Länder verweisen auf den undemokratischen Moloch der Brüsseler Bürokratie und entziehen sich erfolgreich einer Rechtfertigung ihrer Entscheidungen. Die Kommission selbst verweist auf den Ministerrat und wäscht ihre Hände ebenfalls in Unschuld. Die lachenden Dritten sind die zahllosen Lobbyisten, die in diesem Entscheidungsdschungel ihren Einfluss auf Administration und Politik geltend machen können. In der Folge wurden notwendige Reformschritte blockiert, um eine Politik fortzuschreiben, an der nur wenige Bauern, aber ein Großteil der Unternehmen des vor- und nachgelagerten Sektors bis hin zu den Lagerhallenbetreibern und Exporteuren gut verdienen. Noch in diesem Sinne lenkte unter der letzten rot-grünen Regierung Agrarminister Funke die Berliner Beschlüsse zur Agenda 2000.

Die Demokratisierung der Agrarpolitik steht längst auf der Tagesordnung. Der seit Frühjahr 2002 tagende Konvent fordert die Mitentscheidung des Europäischen Parlamentes, und er nimmt damit auch die Forderung zahlreicher Verbände wie u. a. der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft auf. Frankreich, die Agrarlobbyistenfraktion in Deutschland, aber auch der Europäische Bauernverband COPA stellen sich dagegen und verweisen – wieder einmal – auf die sogenannte „Kompliziertheit der Vorgänge“ und auf die „Langwierigkeit der Entscheidungen“, wenn das Parlament

einbezogen werden würde. Die Einwände bleiben Vorwände, um den Nebel möglichst nicht lichten zu müssen. Längst hat das Parlament eigene Vorschläge für vereinfachte Verfahren auf den Tisch gelegt, die u. a. der Kommission ausreichend große Spielräume für schnelle Entscheidungen zugestehen. Nur an einem Punkt bleibt es hart: Die Grundsatzentscheidungen müssen demokratisch bestimmt werden. Hier will das Parlament Forum sein für den unverzichtbaren öffentlichen Diskurs über die Ausrichtung und Qualität der Politik für Landwirtschaft und ländlichen Raum. Und den ewigen Skeptikern demokratischer Entscheidungsprozesse sei gesagt, dass dort, wo das Parlament die Mitentscheidung hat (so im neugefassten Ressort des Verbraucherschutzes), es seine Arbeit schnell und gut verrichtet.

Mitentscheidung, das würde auch bedeuten, dass die Kommission die gesellschaftlichen Interessen an der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum, wie u. a. die Interessen an gesunden und sicheren Lebensmitteln, bereits in ihren Vorschlägen mitberücksichtigen müsste, damit diese von einer möglichst breiten Mehrheit im Parlament getragen werden können. Offener Widerstand kommt daher von denen, die ohne Rücksichtnahme auf gesellschaftliche Interessen am bisherigen Status quo gut verdient haben.

Offensive Gestaltung nationaler Handlungsspielräume

Nicht nur die Brüsseler Mittelvergabe und Rechtsetzung sind für eine gesellschaftliche Einflussnahme hin zu öffnen, in gleichem Maße gilt es den Einfluss der Agrarindustrie-Lobby auf die nationale Umsetzung und Durchführung der EU-Agrar- und Ernährungspolitik zu beschränken. Wir erinnern uns an den Widerstand gegen die von der neuen Agrarministerin Künast avisierte nationale Umsetzung der in der Agenda 2000 von der EU eingeräumten Möglichkeiten für mehr soziale Gerechtigkeit, für die Einführung der 90-Bullen-Grenze, für Modulation und Cross Compliance zum Aufbau der Zweiten Säule.

Neben dem politisch-administrativen Widerstand gibt es auch die alltäglichen Widerstände der Großen gegen die Kleinen: gegen die kleinen Käsereien und gegen Schlachthöfe in bäuerlicher Eigenregie, gegen regionale Vermarktungsinitiativen und Direktvermarkter. Im Namen von Brüssel wird in Frankreich erlaubt, was in Deutschland verboten ist. Wer sagt, dass es keine Handlungsmöglichkeiten gibt?

Gefordert ist eine Beteiligung und öffentliche Auseinandersetzung über die Umsetzung dessen „was aus Brüssel kommt“. Mit der Einrichtung runder Tische, zu denen die unterschiedlichsten Verbände geladen wurden, Umwelt-, Tierschutz- und Dritte-Welt-Gruppen aber auch die inzwischen zahlreichen Agrarverbände, angefangen bei den Bioverbänden bis hin zur AbL, hat Ministerin Künast nicht nur einen bemerkenswerten ersten Schritt vollzogen, sondern auch den Alleinvertretungsanspruch des Bauernverbandes aufgebrochen und seine Monopolstellung durchbrochen. Das ist der Grund, warum der Bauernverband mit einer noch nie da gewesenen Wucht in die Wahlauseinandersetzung eingegriffen hat, um die Regierung geradezu wegzuputzen. Die Öffnung zur Gesellschaft hin, die Öffnung des Ministeriums – sie sind nicht erwünscht. Zurück sollte es wieder gehen, zu den alten Zeiten, wo im festen Gefüge des Netzwerkes der „good old boys“ zwischen den Agrarverbänden, der Agrar- und Ernährungsindustrie und der Agrarverwaltung und -politik hin und her pendelnd, die Entscheidungen ausgegült werden konnten.

Auch Agrarminister Funke hätte weiter unter Rot-Grün auf der Basis dieses Netzwerkes gearbeitet, wäre ihm nicht diese BSE-Krise auf die Füße gefallen. Hätte diese nicht das Interesse der Bevölkerung an Gesundheit schlagartig geweckt. Hätte die Krise nicht zu Fragen herausgefordert wie: „Sind denn unsere Interessen in dieser Agrarpolitik überhaupt noch aufgehoben?“. Die Krise war daher zuallererst eine Vertrauenskrise in die Politik. Es gab nur den einen Weg, um das verlorene Vertrauen in die Politikfähigkeit wieder herzustellen: Raus aus der Mausehelei und rein in die öffentliche Diskussion um die künftige Gestaltung der Ernährungspolitik!

Demokratie in die Wirtschaft hineintragen

Öffentliche Diskussion, ein gemeinsames Ringen um bessere politische Rahmenbedingungen für Landwirtschaft und den ländlichen Raum, sie allein reichen nicht. Runde Tische verhindern zum Beispiel keine Lebensmittelskandale, erweitern nicht regionale Märkte und steigern nicht den Absatz von Qualitätsprodukten. Hier ist das aktive Handeln der Einzelnen gefragt.

Aber müssen wir nicht geradezu Tendenzen in der Ernährungswirtschaft feststellen, die ein verantwortungsvolles Handeln immer schwieriger machen? Weltweite Konzentration und Verflechtungen kennzeichnen die Ernährungswirtschaft,

spricht das Agrobusiness und die global beschaffenden und agierenden Discount-Ketten erschweren mit ihren Dumping-Preisen jede qualitätsorientierte Produktplatzierung. Entsprechend findet die Agrar- und Ernährungspolitik längst nicht mehr allein auf nationaler Ebene, sondern auf europäischer und derzeit auf internationaler Ebene statt und klopft dort die Qualitätsstandards und damit die Eckpfeiler künftiger Nahrungsmittelerzeugung fest. Haben Bauern oder Verbraucher überhaupt noch Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten angesichts dieser globalisierten Marktmacht?

Nehmen wir die Futtermittelherstellung, ein Sektor, der durch besonders hohe Verflechtungen, internationale Beschaffungsmärkte, Dumping und kriminelle Energien gekennzeichnet ist und auf welchen das Gros der vergangenen Lebensmittel-skandale zurückzuführen ist. Wurden die Bauern nicht hier sogar von „ihren eigenen“ Genossenschaften betrogen und haben sich betrügen lassen? Warum haben sie nicht nachgefragt, die Offenlegung der Komponenten mit mehr Nachdruck eingefordert? Aber sind sie denn überhaupt noch in der Lage, die Qualität ihres Zukauffutters wirklich zu überprüfen? Und wie soll ein Verbraucher sich für die bessere Qualität entscheiden, wenn schon der einzelne Landwirt keine Kontrolle mehr über beigemengte Bestandteile hat?

Damit Bauern ihre Interessen an Qualität und Sicherheit auch in die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche einbringen können, darf es nicht bei moralischen Appellen wie „Du musst nachfragen was im Futter steckt“ bleiben. Es müssen auf politischem Wege auch Voraussetzungen für ein verantwortungsvolles Handeln geschaffen werden. Dazu fehlt es zuallererst an einer offenen Informationspolitik seitens der Wirtschaftsbeteiligten. Wie brisant gerade dies ist und wie sehr darum gestritten und gekämpft werden muss, zeigt nicht zuletzt der Widerstand, der dem von Künast eingebrachten Verbraucherinformationsgesetz entgegengesetzt wurde und der eines der Kernanliegen des Gesetzes, die Verankerung einer Auskunftspflicht lebensmittelerzeugender Unternehmen gegenüber Verbrauchern, auch erfolgreich verhindern konnte.

Für die Ebene der Produzenten bedeutet dieses Recht auf Information, dass ihre Wirtschaftspartner zur Auskunft verpflichtet sind und grundsätzlich die Beweislast zu tragen haben. Was wird benötigt: Die Unternehmen müssen den Nachweis einer Unbedenklichkeit bringen, die Mengen und Wege toxischer Substanzen wie antibiotisch wirksamer Leistungsförderer oder Pharmazeutika nachweisen.

Sie müssen auf Nachfragen antworten, Mischungen und Komponenten in ihrer Herkunft und Qualität offen legen.

Sanktionen müssen der Nichteinhaltung dieser Vorgaben folgen. Denn was ist von Unternehmen und ihrem Verantwortungsethos zu halten, wenn belastetes Futtergetreide wider besseres Wissen, trotz vorliegender Rückstandsuntersuchungsergebnisse weiter vermischt und verkauft wird? Nicht Versprechen auf Besserung und Weiterwirtschaften tun hier Not, sondern der Entzug der Lizenz. Das Recht zu Wirtschaften muss künftig an die Einhaltung der Sorgfaltspflichten gebunden sein. Eine Verschärfung des Verursacherprinzips und entsprechend klare Schadenersatzregelungen wirken im Vorfeld.

In gleichem Maße sind die Verbraucher gefordert, sich ihrer Verantwortung für die Ausrichtung der Landwirtschaft und der Qualität und Sicherheit ihrer Lebensmittel bewusst zu werden. Auch hier reicht es nicht aus, den aufgeklärten Verbraucher herbeizureden. Es müssen handfeste und für viele Wirtschaftsbeteiligten unliebsame Voraussetzungen bewusster Kaufentscheidungen getroffen werden: Eine offene und ehrliche Kennzeichnung der Produkte. Herkunft, Qualität und Produktionsweise müssen erkennbar sein.

Demokratie heißt auch Teilnahme am Markt

Kennzeichnung, Kontrolle/Audits und Sanktionen – über all den notwendigen Maßnahmen darf jedoch eines nicht vergessen werden: Der Markt-zugang muss gegen die Interessen der Agrarlobby wieder geöffnet werden für Neu- und Quereinsteiger, Erfinder, kleine Verarbeiter, Produzenten und Idealisten: Die seit der BSE-Krise verfolgte Hygienepolitik droht die ohnehin schmalen Marktzugänge kleiner Produzenten weiter zu schmälern und mit Investitionen zu belasten, die als Antwort auf die industriellen Risiken einer stark arbeitsteiligen Ernährungsindustrie sich ableiten lassen, nicht jedoch aus dem Nahrungsmittelhandwerk. Diesen Zugang stärker zu öffnen, damit Qualität und regionale Märkte sich verbreitern können, wird ohne tatkräftiges Einmischen einer noch zu formierenden „Gegenlobby“ der Direkt- und Regionalvermarkter nicht zu erreichen sein.

Auch müssen künftig strategische Verbindungen zwischen den kleineren und mittleren Handelsketten und Erzeugerorganisationen eine stärkere Rolle spielen. Damit es beiden angesichts eines globalisierten Preiswettbewerbs zum Leben reicht,

müssen die Erzeuger an der Wertschöpfung beteiligt werden und der Handel bereit sein, sowohl die Entwicklungskosten wie auch die Risiken (zum Beispiel einer „nicht-immer-rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit-von-regionaler-Qualitätsware“) mit zu tragen und nicht, wie bislang die Regel, diese auf die Erzeuger abzuwälzen. Das setzt partnerschaftliche Verhältnisse voraus, gemeinsame Zielbestimmung und von gegenseitigem Vertrauen getragene Absprachen.

Politik und Recht schaffen nur den Rahmen, handeln muss der Einzelne

Die Vorstellungen wie Land- und Ernährungswirtschaft künftig ausgerichtet sein könnten, um Landwirten ein Auskommen und Verbrauchern gute Qualitäten zu geben, sie sind ja nicht vom Himmel gefallen. Sie finden ihren fruchtbaren Boden in dem widerständigen und selbständigen Wirken zahlreicher Bauern (wie auch Verbraucher), die in den letzten Jahren neue Wege einer qualitätsorientierten Erzeugung (wie Konsums) gegangen sind und die öffentliche Auseinandersetzung um die Zukunft der Landwirtschaft und unserer Ernährung hellichtig vorwegnehmend zugleich vorangetrieben haben. Ihre Werte und Vorstellungen sollen nun aufgegriffen und der Versuch einer Verbreiterung und Verallgemeinerung dieser Wege unternommen werden.

Der Staat wird –mit dem skizzierten notwendigen öffentlichen Druck und Engagement – die Rahmenbedingungen der Mittelvergabe verändern, Mindestqualitäten absichern und Kennzeichnungsvorschriften erlassen können. Die tatsächliche Gestaltung der Verhältnisse hängt vom Menschen selbst ab, seiner Bereitschaft Verantwortung für sich und die Gesellschaft zu übernehmen und sein Handeln danach auszurichten. Und hier zeigen sich in mehrfacher Hinsicht die Mühen der Ebenen:

Neuorientierung und Demokratisierung sind zunächst weniger ein Aufbruch zu (oft nicht so schnell sichtbaren) neuen Ufern, sondern zuallererst ein Abschied von lieb gewordenen (wenn auch immer gerne und ausführlich beklagten) Zuständen und einer für diese Zustände verantwortlichen Politik sowie privaten Verhaltens. Anstatt nach vorne zu gehen, flüchten nun viele zurück, orientieren sich lieber am Alten (und verlässlich Schlechten) als am unbekanntem (und riskanten) Neuen. Selbst einigen kritischen politischen Altvorderen erscheint plötzlich die alte, bisher viel kritisierte Agrarpolitik wie ein Rettungsanker auf hoher See. Und ein

Großteil der deutschen Bauern und Bäuerinnen sucht Schutz in den vertrauten Armen des Deutschen Bauernverbandes. Viele Bauern und Bäuerinnen fühlen sich überfordert, die politisch deklamierte „Wende“ lässt sie noch keine eigenen, auf ihren Hof bezogenen Wirtschaftschancen erkennen. Verbraucher kehren Bioprodukten des Wochenmarktes und der Hofläden den Rücken zu und greifen auf die günstigen Bio-Discountprodukte zurück.

Das was nun sichtbar wird, ist nicht mit moralischen Appellen oder Anklagen zu verändern. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um das Vorhandensein eigener Vorstellungen und Wertmaßstäbe. Wenn diese fehlen, dann bleibt die Kritik an den politischen Zuständen im Antiskript des Kritisierten hängen und bringt keine tragfähigen Handlungskonzepte für tatsächliche Veränderungen hervor. Und die Landwirte, welche nur dahin geschaut haben, wie die höchsten Prämien zu erhalten, die geringsten Kosten und besten Gewinne zu erzielen sind, sie wurden zum Spielball der Gesellschaft und ihrem immer schneller werdenden Wechsel der Rahmenbedingungen. Und wer als Verbraucher glaubt, der Preis spiele keine Rolle, bekommt Entsprechendes auf den Tisch und wird auch künftig im Biobereich nicht den letzten Skandal erlebt haben.

Das AgrarBündnis und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft haben ihre Werte und Maßstäbe benannt. Sie schließen die Wertschätzung des Alten vom zu Bewahrenden ebenso ein wie die Notwendigkeit der Neuorientierung in Richtung Qualität und Demokratie. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ist dabei in besonderem Maße aufgefordert, Vorstellungen zu entwickeln, welche Übergangsschritte und Wege zu gehen sind, um möglichst vielen Bauern und Bäuerinnen Mut zu machen, Landwirtschaft und Agrarpolitik durch eigenständiges Handeln mit zu gestalten.

„Widerstand und Selbsthilfe“ war und bleibt die politische Zielsetzung der AbL – eine politische Praxis zur notwendigen Demokratisierung der gesamten Ernährungswirtschaft.

Autor

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), MdEP für Bündnis 90/Die Grünen und Vize-Präsident des Agrarausschusses des Europäischen Parlaments.

AbL, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
Telefon: 0 23 81 / 90 53 17-0
E-Mail: fgraefe@europarl.eu.int